

231677-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – Umbau des Luftschutzbunkers am Bahnhofsvorplatz nebst Erweiterungsbau zur Schaffung einer Fahrradabstellanlage -Technische Gebäudeausrüstung

OJ S 71/2025 10/04/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bielefeld - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

E-Mail: matthias.neum@bielefeld.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Umbau des Luftschutzbunkers am Bahnhofsvorplatz nebst Erweiterungsbau zur Schaffung einer Fahrradabstellanlage -Technische Gebäudeausrüstung

Beschreibung: Fachplanungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung zum Umbau des Luftschutzbunkers am Bahnhofsvorplatz nebst Erweiterungsbau zur Schaffung einer Fahrradabstellanlage

Kennung des Verfahrens: d0fe16c4-45cd-4994-b88d-8d2e8c6a064d

Interne Kennung: ZVS 2025 0026

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bahnhofsvorplatz des Hauptbahnhofs

Stadt: Bielefeld

Postleitzahl: 33602

Land, Gliederung (NUTS): Bielefeld, Kreisfreie Stadt (DEA41)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXX0YYDYTRFSQ9DZ Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: gem. 123 ff. GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe Abs. 1 Nr. 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

Korruption: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen)

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr.1 wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

Betrugsbekämpfung: § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis und 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

Zahlungsunfähigkeit: Das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gem. § 123 ff. GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen

aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: gem. § 123 ff. GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: gem. § 123 ff. GWB

Entrichtung von Steuern: das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Umbau des Luftschutzbunkers am Bahnhofsvorplatz nebst Erweiterungsbau zur Schaffung einer Fahrradabstellanlage -Technische Gebäudeausrüstung

Beschreibung: Die ausgeschriebenen Planungsleistungen beziehen sich auf die Leistungen des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung gemäß § 53 HOAI für die Anlagen-gruppen 1 bis 6 und 8 gem. § 53 Abs. 2 HOAI i.V. m. Anlage 15 zu § 55 Abs. 3, § 56 Abs. 3 HOAI. Sie umfassen folgende Leistungen: alle Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 6, 8, 9 - Innerhalb der Leistungsphase 3 sind in den Planunterlagen Versorgungsleitun-gen /Kanäle darzustellen. Die Planung ist mit den Versorgungsträgern und dem AG abzustimmen - Innerhalb der Leistungsphase 7 ist nur die fachtechnische und wirtschaftliche Prüfung der Angebote zu erbringen. LPH 9: Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist

Interne Kennung: ZVS 2025 0026

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bahnhofsvorplatz des Hauptbahnhofs

Stadt: Bielefeld

Postleitzahl: 33602

Land, Gliederung (NUTS): Bielefeld, Kreisfreie Stadt (DEA41)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 06/08/2025

Enddatum der Laufzeit: 04/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst# Die Planung soll im Zeitraum August 2025 - Juni 2026 erfolgen. In dieser Zeit soll für beide Bereiche eine gemeinsame bauwerksübergreifende Planung erstellt werden.

Die Bauphase soll im August 2026 starten. Für den Umbau des Bunkers wird ein Zeitraum von 17 Monaten, für den Anbau ein Zeitraum von 29 Monaten veranschlagt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben eine

Berufs- oder Betriebshaftpflicht-versicherung mit einer Deckungssumme pro Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden in Höhe von jeweils von 5 Mio. Euro sowie für

Vermögensschäden in Höhe von 1 Mio. Euro und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Doppelte der Versicherungssumme bei einem in der EU zugelassenen

Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut nachzuweisen. Besteht ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht, ist eine Bestätigung des Versicherers ausreichend, wonach

im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den vorgenannten

Mindestdeckungssummen versichert wird. Bewerber/Bewerbergemeinschaften müssen in den letzten drei Geschäftsjahren (2022 bis 2024) mindestens einen Umsatz in Höhe von jeweils netto 500.000 Euro gemacht haben.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nichtvorliegen von gesetzlichen Ausschlussgründen

nach §§ 123 ff GWB Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU Eigenerklärung zur Umsetzung von

Artikel 5ki Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln. 2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen). Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung er das Bietertool des Vergabemarktplatzes NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen. Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben: Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft: Name des Unternehmens Name des Unternehmens Name des Unternehmens Name des Unternehmens i Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt: "(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien er die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die 1 VHB NRW Formular 523 EU 04/2022 Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien er die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden. (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für a)den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung, b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen, c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können, d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in

Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen. e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022. (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission er jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung. (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht f die Erfüllung - bis zum 10. Oktober 2022 -von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden."

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.)Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie ge-mäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekannt-machung die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu führen oder in der Bundesre-publik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforde-rungen als Ingenieur/in, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Be-fähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsquali-fikation (ABl. EU Nr. L 255 S. 22) entspricht. 2.) Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn der /die mit der Aufgabe betraute(n) Mitarbeiter(innen) - hier die für die Projektlei-tung und die stellvertretende Projektleitung betrauten Personen - die fachli-chen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. 3.)Bewerbergemeinschaften natürlicher und/oder juristischer Personen erfüllen die fachlichen Anforderungen, wenn jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die fachlichen Anforderungen erfüllt.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.) Bewerber müssen mindestens eine Referenz für die Planung (Neubau, Erweite-rung oder Kernsanierung) der technischen Anlagen eines Parkhauses oder einer Tiefgarage oder eines öffentlich zugänglichen unterirdischen Bauwerks nachweisen, die alle nachfolgenden Anforderungen erfüllt: - Die Referenz betrifft den Neubau, die Erweiterung oder die Kernsanierung der technischen Anlagen mindestens der Anlagengruppen 1, 4 und 6 gem. § 53 Abs. 2 HOAI (Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Starkstromanlagen und Förderanlagen) eines Parkhauses oder einer Tiefgarage oder eines öffentlich zugänglichen unterirdischen Bauwerks. - Die anrechenbaren Kosten aller Anlagengruppen des Referenzprojektes für das Leistungsbild Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI haben insgesamt mindestens 500.000,00 EUR betragen. - Der Bewerber hat mindestens die Leistungsphasen 3 bis 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzprojekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025. - Die Referenz ist nicht älter als 10 Jahre. Der Abschluss der Leistungsphase 8 gem. § 55 HOAI fand nach dem 01.01.2015 statt. Für Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft gelten die vorgenannten Anforderun-gen dahingehend, dass das Mitglied eine entsprechende Referenz für die Leistun-gen der Fachplanung der Technischen Ausrüstung im Umfang derjenigen Leis-tungsphasen nachweisen muss, die das Mitglied der Bewerbergemeinschaft im Auftragsfall übernehmen soll (en). 2.) Bewerber/Bewerbergemeinschaften müssen in den letzten drei Jahren (2022 bis

2024) jeweils mindestens 3 Berufsträger (Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of Engineering (Inhaber und angestellte Mitarbeiter)) in ihrem Unternehmen beschäftigt haben.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bestenauslese Kriterium 1: Referenzen Planung Maschinentechnik für Fahrgastanbindung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A.) Die Referenz betrifft die Planung der Maschinentechnik für Fahrgastanbindung. - Die anrechenbaren Kosten der Maschinentechnik für Fahrgastanbindung des Referenzprojektes für das Leistungsbild Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI haben insgesamt mindestens 200.000,00 EUR betragen. - Der Bewerber hat mindestens die Leistungsphasen 3 bis 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzprojekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025. - Die Referenz ist nicht älter als 10 Jahre. Der Abschluss der Leistungsphase 8 gem. § 55 HOAI fand nach dem 01.01.2015 statt. B.) 1 bis 2 Referenzen: 1 Punkt 3 bis 4 Referenzen: 2 Punkte Ab 5 Referenzen: 3 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bestenauslese Kriterium 2: Referenzen Planung technische Anlagen für ein unterirdisches Bauwerk

Beschreibung des Eignungskriteriums: A.) Die Referenz betrifft die Planung der technischen Anlagen der Anlagengruppen 1, 3 und 4 für ein unterirdisches Bauwerk. - Die anrechenbaren Kosten der bearbeiteten Anlagengruppen des Referenzprojektes für das Leistungsbild Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI haben insgesamt mindestens 150.000,00 EUR betragen. - Der Bewerber hat mindestens die Leistungsphasen 3 bis 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzprojekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025. - Die Referenz ist nicht älter als 10 Jahre. Der Abschluss der Leistungsphase 8 gem. § 55 HOAI fand nach dem 01.01.2015 statt. B.) 1 bis 2 Referenzen: 1 Punkt 3 bis 4 Referenzen: 2 Punkte Ab 5 Referenzen: 3 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bestenauslese Kriterium 3: Referenzen Planung technische Anlagen für ein öffentliches Bauwerk

Beschreibung des Eignungskriteriums: A.) Die Referenz betrifft die Planung der Technischen Anlagen mindestens der Anlagengruppen 1, 4 und 6 gem. § 53 Abs. 2 HOAI (Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Starkstromanlagen und Förderanlagen) für ein öffentliches Bauwerk. - Die anrechenbaren Kosten aller Anlagengruppen des Referenzprojektes für das Leistungsbild Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI haben insgesamt mindestens 500.000,00 EUR betragen. Der Bewerber hat mindestens die Leistungsphasen 3 bis 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzprojekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025. - Die Referenz wurde für einen öffentlichen Auftraggeber gem. § 99 GWB erbracht. - Die Referenz ist nicht älter als 10 Jahre. Der Abschluss der Leistungsphase 8 gem.

§ 55 HOAI fand nach dem 01.01.2015 statt. B.) 1 bis 2 Referenzen: 1 Punkt 3 bis 4

Referenzen: 2 Punkte Ab 5 Referenzen: 3 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,00

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Bestenauslese Kriterium 4: Anzahl der beschäftigten Berufsträger

Beschreibung des Eignungskriteriums: A.) Anzahl der beschäftigten Berufsträger des

Bewerbers/der Bergewergemeinschaft (Ingenieure, Bachelor, Master of Science/of

Engineering (Inhaber und angestellte Mitarbeiter)) in den letzten drei Jahren (2022 bis 2024)

B.) 4 bis 6 Berufsträger: 1 Punkt 7 bis 9 Berufsträger: 2 Punkte Ab 10 Berufsträger: 3 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Zuschlagskriterien

Beschreibung: Die Zuschlagskriterien (100%) setzen sich aus folgenden Unterpunkten

zusammen: Qualifikation des Projektteams (20%), Organisation der Projektabwicklung (20%),

Darstellung der Arbeitsweise beim Umbau sowie der Erweiterung des Luftschutzbunkers

(20%), Honorarangebot (40%)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 17/04/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXX0YYDYTRFSQ9DZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXX0YYDYTRFSQ9DZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 20/05 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe-westfalen.de/VMPSatellite/notice/CXX0YYDYTRFSQ9DZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29/04/2025 10:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die im Aufforderungsschreiben aufgelisteten Nachweise sollen mit Abgabe des Teilnahmeantrages eingereicht werden. Sollten Nachweise fehlen, können diese nachgefordert werden sofern sie nicht zuschlagsrelevant sind.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: A. Haftpflichtversicherung Die Auftragnehmerin / der Auftragnehmer hat bei Auftragserteilung den Nachweis über das wirksame Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung für die Zeit der Auftragserfüllung für ihren/seinen Betrieb zu erbringen. Die Deckungssummen müssen pro Versicherungsfall mindestens betragen für Personen- und Sachschäden in Höhe von jeweils von 5 Mio. Euro sowie für Vermögensschäden in Höhe von 1 Mio. Euro und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Doppelte der Versicherungssumme bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut nachzuweisen. Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet.

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21.07.2022.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Bietergemeinschaft ist nach Zuschlagserteilung in eine Projektgesellschaft in Form einer GbR, in der alle Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften, zu überführen. Der Name der zu gründenden GbR ist mit Abgabe des Teilnahmeantrages zu benennen. Der GbR wird im Falle eines Zuschlages die Vertragserfüllung übertragen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat. Des Weiteren ist

gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bielefeld - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Bielefeld - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bielefeld - Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Registrierungsnummer: 05711-31001-60

Postanschrift: Werner-Bock-Str. 38

Stadt: Bielefeld

Postleitzahl: 33602

Land, Gliederung (NUTS): Bielefeld, Kreisfreie Stadt (DEA41)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: matthias.neum@bielefeld.de

Telefon: +49 5215165428

Fax: +49 521513350

Internetadresse: <https://www.bielefeld.de/>

Profil des Erwerbers: <https://www.bielefeld.de/bekanntmachungen/ausschreibungen>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Westfalen bei der Bezirksregierung Münster

Registrierungsnummer: 05515-03004-07

Postanschrift: Albrecht-Thaer-Str. 9

Stadt: Münster

Postleitzahl: 48147

Land, Gliederung (NUTS): Münster, Kreisfreie Stadt (DEA33)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de

Telefon: +49 2514111691

Fax: +49 2514112165

Internetadresse: https://www.bezreg-muenster.de/de/wirtschaft_finanzen_kommunalaufsicht/vergabekammer_westfalen/index.html

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

34ef19b1-d77f-4961-a2e5-3ca7e42069a3-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

Verschiebung der Frist für den Antrag auf Teilnahme auf den 29.04.2025, 10:30Uhr in Folge von Änderungen der Eignungsanforderungen in den Teilnahmeunterlagen.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Verschiebung der Frist für den Antrag auf Teilnahme sowie aller weiteren Verfahrensschritte. Die Eignungsanforderungen wurden in den Teilnahmeunterlagen auf den Formblättern 9, 12 und 14 hinsichtlich der Mindestanforderungen an einzureichende Referenzen unter Punkt 3), durch Hinzufügen eines verbindlichen Abschlussdatums der LPH 8 am 31.12.2025, geändert. Die Mindestanforderung lautet nach Anpassung wie folgt: 3) Mind. LPH 3-8 gem. § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzobjekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025. Zusätzlich wurden die Anforderungen in den Unterkriterien der Eignungsmatrix angepasst. In den Kriterien bzgl. der Referenzprojekte steht nun folgende Anforderung: - Der Bewerber hat mindestens Leistungsphasen 3 bis 8 gemäß § 55 Abs. 1 HOAI für das Referenzprojekt erbracht, verbindliches Abschlussdatum LPH 8 ist der 31.12.2025.

Änderung der Auftragsunterlagen am: 07/04/2025

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 861643a1-ef01-466c-b77d-fe8d21f5c3f7 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/04/2025 12:16:01 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 231677-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 71/2025

Datum der Veröffentlichung: 10/04/2025

